

Kur z p r o t o k o l l

der 21. Sitzung

(öffentlich)

der Enquete-Kommission

„Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“

am Montag, dem 28. Mai 2001, Beginn 13.00 Uhr,

Plenarbereich Reichstagsgebäude, Raum 2 S 015,

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Vorsitz: Abg. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD)

Tagesordnung:

I. öffentlicher Teil

„Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft“

Referenten:

1. **Dr. Herwig Schlögl**, Stellv. Generalsekretär der OECD, Paris
2. **Dr. Detlef Eckert**, Leiter der Grundsatzabteilung der Generaldirektion Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, Brüssel
3. **Duncan Campbell**, Hauptautor des Weltbeschäftigungsberichts 2001 der ILO, Genf
4. **Jean Gurunlian**, Director of Division for Services Infrastructure for Development and Trade Efficiency, UNCTAD, Genf

Kommentare von Vertretern der Bundesregierung:

- *MR Bernd-Wolfgang Weismann , Referatsleiter VI B1, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)*
- *MR Dr. Wolf-Dieter Lukas, Unterabteilungsleiter Information und Kommunikation, Bundesministerin für Bildung und Forschung (BMBF),*

- *MR Michael Rügner, Abteilung "Globale und sektorale Aufgaben; europäische und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit", Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)*
- *Michael Dörnmann, Referatsleiter Grundsatzfragen der Sozialpolitik, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA)*

II. nichtöffentlicher Teil

Beschluss über die Einsetzung der Arbeitsgruppe „Globale Wissens- und Informationsgesellschaft“

Der **Vorsitzende** eröffnet die öffentliche Anhörung und begrüßt die Kommissionsmitglieder und Gäste. Er teilt mit, an die öffentliche Anhörung werde sich noch ein kurzer nichtöffentlicher Teil anschließen, in dem die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zum Thema „Globale Wissens- und Informationsgesellschaft“ beschlossen werden soll.

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung: „Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft“

Der **Vorsitzende** stellt zunächst die Referenten vor und erteilt Dr. Herwig Schlögl, Stellv. Generalsekretär der OECD das Wort.

Dr. Herwig **Schlögl** dankt für die Einladung. Er verweist auf die letzte große zweijährige Studie der OECD, die sich mit den Fragen beschäftigt habe, ob es eine new economy und neue Faktoren des Wachstums gebe sowie die Wachstumsunterschiede und deren Ursachen in den Mitgliedsländern untersucht habe (vgl. Kommissionsdrucksache 14/10 c). Er erläutert nachfolgend einige Schwerpunkte der Studie und die daraus gewonnenen Erkenntnisse. So sei z. B. die Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) als treibender Faktor für die Veränderung der Produktions- und Verteilungsabläufe identifiziert worden. Des Weiteren habe man die Bedeutung von Forschung und Entwicklung und die veränderte Rolle des Humankapitals einschließlich der Fragen der Aus- und Weiterbildung, die Dynamik von Firmengründungen und schließlich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen untersucht. Dr. Herwig **Schlögl** erläutert einige Ursachen für die Wachstumsunterschiede in den OECD-Ländern. Zur Rolle des Internet und des electronic commerce führt er aus, das Internet sei erst in den letzten fünf Jahren in die ökonomische Nutzungsphase eingetreten und habe zu einem Produktivitätsschub in den Volkswirtschaften, insbesondere in den USA, beigetragen. Dieser Prozess werde durch niedrige Internetzugangskosten gefördert, wobei die USA hier an der Spitze (niedrige Kosten) und Deutschland leider nur im Mittelfeld liege, was nicht der industriellen Leistungskraft Deutschlands entspreche.

Zur Forschung und Entwicklung merkt Dr. Herwig **Schlögl** an, es habe in den 90er Jahren in allen OECD-Ländern eine Verlagerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung vom öffentlichen in den privaten Bereich gegeben (gemessen am Anteil im Bruttoinlandsprodukt). Dabei sei der zeitliche Schritt von der Grundlagenforschung zur Produktanwendung wesentlich kleiner geworden. Die US-amerikanische Industrie habe ihre Forschungsinteressen frühzeitig mit der Grundlagenforschung an den Universitäten verbunden, was durch die dortigen rechtlichen Rahmenbedingungen noch gefördert worden sei. Es komme darauf an, die Effizienz der staatlich geförderten Forschung und Entwicklung zu verbessern, u. a. durch Förderung der Mobilität von Professoren in die Privatwirtschaft, der Verwertung von Forschungsergebnissen durch die Privatwirtschaft, u.s.w..

Das Humankapital spiele in diesem Prozess eine wichtige Rolle, weshalb die Aus- und Weiterbildung unbedingt verbessert werden müsse. In den USA als klassischem Zuwanderungsland seien von 1996 – 1998 ein Viertel der zusätzlich benötigten Arbeitskräfte im ICT-Bereich durch Zuwanderung gedeckt worden. Dr. Herwig **Schlögl** betont die Notwendigkeit der Förderung der Weiterbildung von Erwachsenen sowohl vom Staat als auch von den Unternehmen selbst. Die Politik müsse hierfür Anreize schaffen. Zusammenfassend führt er zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus, in den OECD-Staaten hätten in den letzten Jahren die Themen Innovation und Technologie, Aus- und Weiterbildung einschließlich „life long learning“ sowie die Schaffung einer dynamischen Unternehmenskultur absolute Priorität gewonnen.

Der **Vorsitzende** dankt dem Referenten für seinen Beitrag und übergibt Dr. Detlef Eckert das Wort.

Dr. Detlef **Eckert**, Leiter der Grundsatzabteilung der Generaldirektion Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, bemerkt einleitend, er stimme im Wesentlichen mit den Ausführungen seines Vorredners in bezug auf die Analysen überein, habe jedoch in bezug auf die USA eine leicht abweichende Meinung. Die Vorteile der USA liegen seiner Ansicht nach in dem riesengroßen Binnenmarkt (gemeinsame Sprache, Währung und weitgehend einheitliche rechtliche Regelungen), daran, dass sie ein Einwanderungsland für normale Arbeitskräfte und für Spezialisten sind und dass unternehmerische Fähigkeiten besser als Europa entlohnt werden. Dennoch sei die europäische Industrie extrem leistungsfähig. Heute habe er vor, das Thema „digital divide“ analytisch zu untersuchen, während er auf die anderen Fragen

des Fragenkatalogs in einer kurzen Stellungnahme eingegangen sei (vgl. Kommissionsdrucksache 14/10 b, S. 3-6). Nachfolgend erläutert Dr. Detlef **Eckert** anhand von Grafiken die Unterschiede von Fest- und Mobilanschlüssen, von Internetanschlüssen pro 1000 Einwohner, die Wachstumsraten, die Verbreitung von neuen Technologien jeweils in den OECD- und Nicht-OECD-Ländern. Kernaussage dieser Darstellung sei die Feststellung, dass die Verbreitung und Anwendung neuer Technologien fast immer in einer S-Kurve verlaufe. Das Internet werde zum einen wegen der Telekommunikationskosten billiger, zum anderen wegen der unterschiedlichen technologischen Zugangsmöglichkeiten (PC, Handy, digitales Fernsehen). Vom Preis werde es abhängen, ob die breite Masse das Internet nutzen werde. Jedes Land müsse deshalb solche Rahmenbedingungen schaffen, die die Kosten der Internetnutzung senken, wie z. B. die Deregulierung und Liberalisierung des Telekommunikationssektors, Abschaffung von Einfuhrzöllen für diese Technik und Senkung von Telefongebühren, insbesondere im internationalen Bereich. In Europa müsse man sich auf die Förderung der Internetnutzung konzentrieren, wobei man sich zwischen zwei Politikansätzen entscheiden müsse. Entweder betrachte man IuK als Sektorpolitik, die Arbeitsplätze schaffe oder vernichte. Aber IuK übe auch eine gesellschaftliche Funktion aus, deren Chancen man beim ersten Ansatz verpassen würde. Denn über verbesserte Kommunikationsmethoden ließen sich gesellschaftliche Entscheidungsprozesse anders abbilden. Langfristig (10 bis 30 Jahre) wirke sich dieser Prozess auf die „Multi-faktorproduktivität“ aus. Um diese Wirkungen von IuK zu erzielen, müsse man sich für den zweiten Ansatz entscheiden, nämlich sie als horizontale Querschnittspolitik eines anderen Gesellschaftsansatzes betrachten. Die S-Kurve sei ein Beispiel dafür, wie man sich dieser entscheidenden Frage nähern könne.

Der **Vorsitzende** dankt dem Referenten für die interessanten Ausführungen und eröffnet die Diskussion, die sich auf Fragen zu den Industrieländern konzentrieren sollte, während die Fragen zu Entwicklungsländern im Anschluss an die nächsten Referate gestellt werden sollten.

Das sachverständige Mitglied, Dr. Werner **Gries**, fragt Dr. Herwig Schlögl, ob er seine empirischen Aussagen zur new economy, die sich vor allem auf die USA bezogen hätten, auch mit den Entwicklungen in Irland und Finnland begründen könne und welche Rolle der Staat in den Ländern gespielt habe. Dr. Eckert bittet er, neben den

Vorteilen auch die Nachteile des Internets (wie Informationsflut, Vereinsamung des Menschen, Elektrosmog, ...) zu erläutern.

Das sachverständige Mitglied, Prof. Dr. Brigitte **Young**, vermisst bei den Vorträgen der Referenten Aussagen über privatwirtschaftliche Investitionen in die Universitäten. So habe z. B. Bill Gates fünf Millionen US-\$ an das Massachusetts Institute of Technology (MIT) für ein öffentliches Projekt zur Förderung des distance learning gespendet. Es werde nicht nur die Entwicklung der hardware, sondern auch der software und vor allem deren Anwendung und breite Nutzung gefördert, was leider in Deutschland zu wünschen übrig lasse.

Abg. Ursula **Lötzer** (PDS), stellt die Frage, welche Maßnahmen man in Deutschland zur Förderung des lebenslangen Lernens durchsetzen müsse. Sie bittet Dr. Eckert um Erläuterung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, die notwendig seien, wenn man luK im Sinne des von ihm genannten zweiten Ansatzes, also als gesellschaftlichen Prozess betrachte und fördern wolle.

Das sachverständige Mitglied, Prof. Dr. Dr. Rudolf **Dolzer**, meint, die Spitzenleistungen der Wissenschaft in den USA würden sich zunehmend von denen an europäischen Universitäten abheben. Sehr viele deutsche Spitzenwissenschaftler würden in die USA gehen, weil die dortigen Bedingungen im Vergleich zu europäischen sehr viel besser seien. Die Universitäten würden in den USA immer stärker kommerzialisiert, die Wirtschaft immer stärker von der Wissenschaft abhängig, beides würde sich immer mehr verflechten. Er fragt, welche Auswirkungen diese Entwicklung für die Förderung der new economy in Deutschland und für den transatlantischen Wettbewerb habe.

Abg. Sigrid **Skarpelis-Sperk** (SPD) fragt, welche Schlussfolgerungen die Europäische Kommission aus den unterschiedlichen Entwicklungen im IT-Bereich zwischen den europäischen Ländern mit Blick auf das Ziel des gemeinsamen Marktes ziehe. Außerdem fragt sie, welches Wissen als öffentliches Gut möglichst preiswert angeboten werden sollte, um eine Grundversorgung aller Bevölkerungsschichten zu gewährleisten und wann Wissen zur Ware werde, deren Zugang sich über den Preis regele?

Abg. Hartmut **Schauerte** (CDU/CSU) führt aus, die Zuwanderung sei in den 90er Jahren in Deutschland bezogen auf die Basisbevölkerung deutlich höher als in den

USA gewesen und erkundigt sich, warum sie dennoch entwicklungshemmend gewirkt habe, während sie in den USA die Entwicklung gefördert habe. Er fragt außerdem, ob es eine Korrelation zwischen Internetakzeptanz und Wachstum zwischen den europäischen Staaten untereinander und im Vergleich zu den USA gebe.

Dr. Herwig **Schlögl** geht zunächst auf die Wachstumsunterschiede innerhalb der europäischen Länder ein. Irland, Finnland und die Niederlande hätten – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – eine positive Entwicklung durchgemacht. Irland sei das einzige OECD-Land, in das ausgewanderte Staatsbürger in großem Umfang zurückgekehrt seien, was sich enorm auf die Beschäftigtenzahl ausgewirkt habe. Das finnische Wachstum sei bei sinkender Beschäftigtenzahl in der letzten Dekade im Wesentlichen die Folge der Entwicklung eines Unternehmens, nämlich Nokia. Die Zuwanderung habe sich in Deutschland im Vergleich zu den USA negativ ausgewirkt, weil das Verhältnis von hoch- und niedrigqualifizierten Arbeitskräften in den USA viel ausgewogener als in Deutschland gewesen sei. Seines Erachtens ist seit 1995 die Korrelation zwischen Wachstum und Internetakzeptanz zumindest in einigen Ländern nachweisbar.

Dr. Detlef **Eckert** merkt an, die Diskussion über die Vor- und Nachteile des Internet sei sehr stark europäisch und hier vor allem deutsch geprägt. In anderen Teilen der Welt habe man für diese Diskussion wenig Verständnis. Dennoch werde sich das Prinzip Internet durchsetzen und in allen technisch möglichen Formen unabhängig vom Willen der Beteiligten verbreiten. Hieraus ergebe sich das Problem des Datenschutzes. Der Überfluss an jederzeit verfügbaren Daten, der zwar zur Produktivitätssteigerung beitrage, könne nicht mehr kontrolliert werden. Die Verzahnung der Universitäten in den USA, die über ein hohes Maß an Autonomie verfügen, mit der Wirtschaft und der Gesellschaft sei wesentlich enger als in Deutschland. Zu der Frage nach dem notwendigen Ordnungsrahmen für den durch die IuK hervorgerufenen gesellschaftlichen Wandel führt Dr. **Eckert** aus, man müsse von der Sicht der IuK als Sektorpolitik zur der Sicht einer horizontalen Querschnittspolitik übergehen. Er verweist auf das Programm „e-europe“, das diesbezüglich zahlreiche Antworten auf die hier gestellten Fragen zu den Wirkungen des Internets gebe.

Nach einer kurzen Pause erteilt der **Vorsitzende** dem Hauptautor des Weltbeschäftigungsberichts 2001, Duncan Campbell, von der ILO das Wort.

Duncan **Campbell** bezieht sich in seinen Ausführungen auf den Weltbeschäftigungsbericht 2001 der ILO unter Berücksichtigung der von der Kommission gestellten Fragen. Die Zunahme des digital divide sei sicher, auch wenn man nicht sagen könne, wohin diese Entwicklung führen werde. Anhand von Grafiken erläutert er diverse, durch die ICT hervorgerufene Entwicklungen, wie z. B. die Zunahme der Internetnutzer, den Zusammenhang von ICT und Multifaktorproduktivitätswachstum, von Beschäftigungswachstum und PC-Nutzern u.s.w. (siehe Kommissionsdrucksache 14/10a, S. 15-40). Ein kausaler Zusammenhang zwischen der Nutzung von ICT und der Vergrößerung der Einkommensunterschiede könne nicht festgestellt werden, aber mit der digitalen werde auch die wirtschaftliche Kluft wachsen. In allen von der ILO statistisch erfassten Volkswirtschaften habe vor allem der Dienstleistungssektor von der ICT-Nutzung u. a. durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze profitiert. Die ICT habe sich in den Ländern mit einem hohen Multifaktorproduktivitätswachstum besonders stark verbreitet (siehe Grafiken S. 23- 27 a.a.O.). Ebenfalls durch ICT gefördert werde die Kommerzialisierung innovativer Ideen und die Entstehung und digitale Ausbreitung immaterieller Produktmärkte. Bisher mangle es in vielen Ländern an guten Entwicklungsbedingungen für e-commerce, wie z. B. an einem bestimmten ordnungspolitischen Rahmen und einer Regierungstransparenz, die für die Ansiedlung neuer Investoren wichtige Voraussetzungen seien.

Des Weiteren erläutert Duncan **Campbell** einige Gründe der digitalen Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Zu nennen sei hier vor allem die Bildungspolitik und die Deregulierung des Telekommunikationssektors zur Schaffung preiswerter Internetanbieter. Es gebe eine Korrelation zwischen dem Preis für Telekommunikationsdienstleistungen und dem Einkommen des Landes: je ärmer das Land desto teurer seien die Telefon- und Internetgebühren. Der Weltbeschäftigungsbericht der ILO habe die Implikationen von ICT und Beschäftigung ausführlich beleuchtet und die optimistische Erkenntnis gewonnen, dass durch ICT neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen würden, wobei man jedoch die Qualität der Arbeit nicht außer acht lassen dürfe. So würden Frauen auch in diesem Bereich häufig die weniger qualifizierten Arbeiten ausführen und dementsprechend schlechter bezahlt. Einerseits gebe es große Möglichkeiten der Unabhängigkeit der Arbeit von einem bestimmten Standort und der Kommunikation, andererseits berge dies auch die Gefahr der wachsen-

den gesellschaftlichen und sozialen Isolierung der Arbeitskräfte in sich (vgl. S. 38-39 a.a.O.).

Daran anschließend beginnt Jean **Gurunlian**, Director of Division for Services Infrastructure for Development and Trade Efficiency, UNCTAD, mit seinen Ausführungen zu den Entwicklungsländern, die auf dem Gebiet des e-commerce gegenüber den entwickelten Ländern weit zurückliegen. Die niedrige Produktivität lasse viel Raum für Verbesserungen. Die Einstiegsbarriere in den internationalen Handel über den e-commerce sei viel niedriger. Die kleinen und mittleren Unternehmen würden Dienstleistungen aus den entwickelten Ländern über das Internet benutzen. Es gebe aber auch viele Handelshemmnisse in diesen Ländern, wie z. B. die Zoll- und Devisenbestimmungen. Mit Hilfe von ICT als Entwicklungswerkzeug könne die Produktivität in den Entwicklungsländern gesteigert werden, indem beispielsweise die Aus- und Weiterbildung gefördert, ICT in die öffentliche Verwaltung einschließlich des Zollsystems eingeführt, die Transparenz der Regierungen erhöht und die Korruption bekämpft werde. Eine grundlegende Voraussetzung sei der Ausbau des Telekommunikationssystems und die Liberalisierung dieses Marktes, um die Kosten zu senken. Es bestehe eine Korrelation zwischen den Telekommunikationskosten und der Wettbewerbspolitik. Voraussetzung für die Internetnutzung sei ein bestimmtes Bildungsniveau und Kenntnisse der englischen Sprache. Die Übersetzung der Internetinhalte in die jeweilige Landessprache sei auch möglich. In China sei die Internetnutzung dadurch dramatisch gestiegen. In einer Welt der zunehmenden Abhängigkeit der Länder untereinander sollten unter Einbeziehung der Entwicklungsländer internationale Regeln über die Verwaltung des Internet festgelegt werden. Jean **Gurunlian** geht abschließend auf die sehr unterschiedlichen Ergebnisse ein, die die UNCTAD mit der Einführung von IT bei den Zollbehörden der Länder erzielt hat. Die Existenz von politischer Integrität an der Spitze des Staates sei die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg von Reformen.

Der **Vorsitzende** dankt dem Referenten für seinen Vortrag und eröffnet die Diskussion.

Das sachverständige Mitglied, Dr. Michael **Baumann**, bittet um kurze Erläuterung der Frage, ob es sinnvoll sei, die Telekommunikationsmärkte für Entwicklungsländer zu öffnen oder nicht. Zum Thema Migration und brain drain stellt er die Frage, inwieweit die freie Bewegung der Arbeitskräfte international zu fördern sei.

Das sachverständige Mitglied, Prof. Dr. Franz **Nuscheler**, merkt an, die Analysen von ILO und UNCTAD zur Entwicklung des Internet und digital divide seien überzeugend. Die Frage sei jedoch, welche konkreten Maßnahmen die internationalen Organisationen einleiten, um die Entwicklungsländer nicht weiter abzukoppeln. Insbesondere die EU sei hier gefragt, die leider bisher sehr wenig in diesen strategisch wichtigen Sektor investiert habe.

Das sachverständige Mitglied, Dr. Werner **Gries**, fragt nach den politischen Rahmenbedingungen dafür, dass Internet in einem Land oder einer Region zum wirtschaftlichen Wachstum beitragen könne.

Der **Vorsitzende** fragt die Vertreter der Bundesministerien nach der Koordinierung der IT- Aktivitäten der Bundesregierung, nach dem Stand der Verbesserung der Lage von Universitäten und der Zusammenarbeit der Länder auf diesem Gebiet, inwiefern das BMZ in Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Entwicklungsländer zur Verringerung des digital divide eingebunden sei und wieweit die Erfahrungen der ILO für den deutschen Arbeitsmarkt relevant seien.

Abg. Ursula **Lötzer** (PDS) führt aus, in Afrika lebten 70% der Bevölkerung auf dem Land, wo nach wie vor Analphabetismus und Armut vorherrschten. Sie fragt, ob man diesen Teil der Bevölkerung überhaupt durch die genannten Fördermaßnahmen erreichen könne und wenn ja, wie? Außerdem sehe sie in Ländern wie China und Indien die Gefahr der Entstehung von Niedriglohnklaven in den Bereichen Softwareproduktion, Datenerfassung u.ä..

Abg. Reinhold **Hemker** (SPD) stellt fest, bei den auf dem Gebiet der Bildung und Qualifizierung tätigen NGO's spiele das Thema Internet bisher überhaupt keine Rolle und fragt den Vertreter des BMZ, ob das BMZ diese Organisationen diesbezüglich berät oder anderweitig aktiv ist.

Das sachverständige Mitglied, Prof. Dr. Dr. Rudolf **Dolzer**, fragt, wie das Problem des brain drain aus der Sicht der Entwicklungsländer zu beurteilen sei.

Abg. Sigrid **Skarpelis-Sperk** (SPD) stellt die Frage, ob die Inhalte des Internets für die Entwicklungsländer tatsächlich interessant seien bzw. ob es Förderprogramme zur Gestaltung des Internets unter Berücksichtigung der Sprache insbesondere für kleinere Entwicklungsländer gebe, damit das Internet auch ökonomische Effekte in diesen Ländern erzielen könne.

MR Bernd-Wolfgang **Weismann** (BMWi) beginnt mit der Antwortrunde und führt aus, die Bundesregierung habe Mitte der neunziger Jahre begonnen, strategische Politikprogramme auf horizontaler Ebene zu entwickeln, um die Entwicklung und Verbreitung der modernen Kommunikationstechnologien voranzutreiben, die wiederum im engen Zusammenhang zu der Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung stünden. Zur Verdeutlichung der Bedeutung der IuK-Technologien für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nennt er einige Zahlen (siehe Kommissionsdrucksache 14/10 b, S. 7-11) und erläutert diverse Förderprogramme zur Verbreitung des Internet und e-commerce. Bei der derzeitigen Krise der new economy handele es sich um eine nachvollziehbare Konsolidierungsphase. Nach konservativen Schätzungen wirtschaftswissenschaftlicher Institute könnten in den nächsten zehn Jahren in Deutschland ca. 800.000 Arbeitskräfte netto geschaffen werden. Allein im letzten Jahr seien in diesem Bereich 30.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Bei den Maßnahmen zur Überwindung des digital divide zu den Entwicklungsländern hebt Bernd-Wolfgang **Weismann** die G 8- Initiative „Digital Opportunity Task Force“ (DOT Force), hervor, die ein neun Punkte umfassenden Aktionsplan verabschiedet habe (vgl. hierzu Kommissionsdrucksache 14/10 b, S. 11).

Daran anschließend erläutert MR Dr. Wolf-Dieter **Lukas** (BMBF) die Inhalte und die Koordinierung der verschiedenen Programme der Bundesregierung (siehe Kommissionsdrucksache 14/10 b, S. 17 - 28). Er hebt die gute naturwissenschaftliche Ausbildung an deutschen Hochschulen hervor, allerdings gingen 12 bis 14 % der Absolventen in die USA. Zu erwähnen sei hier auch das Programm für die Schule „Neue Medien für die Bildung“, welches ein Wirtschaftsförderungsprogramm zur Entwicklung professioneller hochwertiger Lernsoftware sei.

MR Michael **Rügner** (BMZ) nennt drei Bereiche der möglichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zur Verringerung der digitalen Kluft, erstens die Beratung bei der nationalen Einführung von IuK-Technologie (Schaffung der politischen Voraussetzungen, z. B. für Wettbewerb), zweitens Förderung der Bildung auf allen Ebenen und drittens Schaffung von Anreizen für Investitionen der deutschen Wirtschaft in die Infrastruktur der Entwicklungsländer. Die Zusammenarbeit in den genannten Bereichen befinde sich noch in der Anfangsphase. Der Schlüssel zum tatsächlichen Erfolg sei jedoch die sinnvolle Gestaltung der Internetinhalte, wovon man leider noch weit entfernt sei.

Michael **Dörnmann** (BMA) führt zu den Veränderungen der Arbeitsbedingungen durch IuK-Technologien aus, die Form der Arbeitsorganisation werde sich stark ändern. So würden flachere Hierarchien, größere Gestaltungsspielräume, flexiblere Arbeitszeiten, höherer Leistungs- und Termindruck und dezentrale Entscheidungsstrukturen entstehen und stabile, dauerhafte Arbeitsverhältnisse an Bedeutung verlieren. Mobilität sowie ständige Lernbereitschaft seien zunehmend gefordert. Mit der Novelle zum Sozialgesetzbuch III soll z. B. die Weiterbildung beschäftigter älterer Arbeitnehmer in KMU aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden. Auch das job rotation-Modell, bei dem die Betriebe für die Zeit der Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer eine Ersatzarbeitskraft erhalten, werde von der Bundesanstalt für Arbeit finanziell unterstützt.

Schließlich geht Jean **Gurunlian** auf einige der gestellten Fragen ein und meint, die Abwanderung von Facharbeitern sei ein großes Problem. Die Einführung elektronischer Märkte in Entwicklungsländern durch das Internet hätte auch für diese Länder den Vorteil, dass es mehr Transparenz gebe und letztlich auch die ländlichen Gebiete davon profitieren können.

Duncan **Campbell** unterstützt die Anmerkungen von Jean Gurunlian insofern als häufig die Industrieländer von den Investitionen der Entwicklungsländer profitierten, dennoch gebe es auch Vorteile für den brain drain. Es würden viele Fachkräfte nach einiger Zeit wieder in ihr Land zurückkehren und dort die IuK-Technologie aufbauen, siehe China und Indien. In diesen Ländern müsse man unbedingt den Handel und die Investitionstätigkeit fördern. Andererseits gebe es auch Länder, wie z. B. Bulgarien oder Südafrika, in denen der brain drain ein riesiges Problem darstelle. Die ILO stehe bei der Analyse der Auswirkungen der IuK-Technologie erst am Anfang. Der Dialog mit den nationalen Regierungen müsse erst eröffnet werden. Zur Frage der Rahmenbedingungen führt er das Beispiel Costa Rica an. Dieses Land habe kein Militär mehr, dafür aber sehr viel in das Bildungswesen investiert. In den letzten Jahren seien viele IuK-Firmen dahin gegangen. Intel habe beispielsweise einen großen Anteil am BIP-Wachstum in Costa Rica. Seines Erachtens sollte man bei der Entwicklung von IuK nicht dem Beispiel der USA folgen. Im Übrigen sei englisch die Minorität im Internet und werde in einigen Jahren gegenüber chinesisch verlieren.

Detlef **Eckert** merkt an, die Europäische Kommission habe von Anfang an versucht, die Entwicklungsländer in die mit der Informationsgesellschaft zusammen hängenden Probleme mit einzubeziehen. Die Schaffung von Rahmenbedingungen für private Investitionen und fairen Wettbewerb sei auch in diesem Bereich sehr wichtig, auch wenn es manchmal schwer vermittelbar sei, warum IuK-Technologien in Länder eingeführt werden sollte, in denen es kein sauberes Wasser gebe, die HIV-Krise herrsche und ähnliches mehr. Aber das Internet könne auch in solchen Ländern ökonomische Entwicklungen ankurbeln, die letztlich zur Bewältigung der elementaren Probleme beitragen könnten. Das wichtigste Gut der Informations- und Wissensgesellschaft für die Zukunft sei die Bildung. Hier müssten gerade in den Entwicklungsländern enorme Anstrengungen unternommen werden, um auf die Herausforderungen zu reagieren.

Abschließend geht Dr. Herwig **Schlögl** noch auf einige Diskussionspunkte ein. Er hebt hervor, die horizontalen Themen der Informationsgesellschaft seien so komplex geworden, dass man sie nicht mehr sektoral betrachten könne. Bildung, Weiterbildung, lebenslanges Lernen und berufliche Mobilität hätten einen völlig neuen Stellenwert. Die Verteilung von Wissen und skills habe die klassische Verteilungsfrage von Einkommen und Vermögen abgelöst. Der Begriff digital divide sei nicht ganz zutreffend, da es schon immer ein Entwicklungsgefälle zwischen reichen und armen Ländern gegeben habe, so natürlich auch bei den neuen Technologien. Aber es habe noch nie eine mit den IuK-Technologien vergleichbare Technologie gegeben, die bei vorhandener Infrastruktur so leicht und so billig zugänglich gewesen sei. Das Internet sei ein globales Regulierungsthema. Die OECD trage dazu bei, die nationalen Regelungen auf dem Gebiet des Datenschutzes, der elektronischen Signatur, des Konsumentenschutzes, der Steuern u.s.w. kompatibel zu machen.

Der **Vorsitzende** dankt allen Beteiligten für die inhaltsreiche Diskussion und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG

nichtöffentlicher Teil: Beschluss über die Einsetzung der Arbeitsgruppe „Globale Wissens- und Informationsgesellschaft“

Die Kommissionsmitglieder beschließen die Einsetzung der Arbeitsgruppe „Globale Wissens- und Informationsgesellschaft“. Die Moderation der Arbeitsgruppe übernimmt die Abg. Ursula Lötzer (PDS). Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass sich die bereits von den Fraktionen benannten Mitglieder der Arbeitsgruppe im Anschluss an diese Sitzung zur Konstituierung der Arbeitsgruppe treffen.

Ende der Sitzung: 17.05 Uhr

Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB

- Vorsitzender –